



Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein
Dirk Meußner

Maria-Brandt-Straße 9

24306 Plön

E-Mail: dirk.meusser@ivl-sh.de

Herrn
Martin Habersaat
Vorsitzender des Bildungsausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtags

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/1298

über den Geschäftsführer des Bildungsausschusses Herrn Ole Schmidt

Stellungnahme der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL-SH) zum ersten Maßnahmenpaket der Bildungsministerin zur Lehrkräftegewinnung und ihrer weiteren Planungen (Umdruck 20/970)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Mitglieder des Bildungsausschusses,

vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obiger Angelegenheit.

Wir teilen die Erkenntnis, dass der Herausforderung des sich zukünftig weiter verschärfenden Lehrkräftemangels nur im Rahmen einer Gesamtstrategie erfolgreich zu begegnen ist. Weiterhin unterstützen wir das Vorhaben, bei der weiteren Erarbeitung des Handlungsplanes alle Phasen der Lehrkräftebildung zu berücksichtigen. Hierbei halten wir die im Umdruck als Nr. 5 aufgeführte Gruppe der strukturellen Maßnahmen im Sinne einer Entlastung der Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben und anderen außerunterrichtlichen Aufgaben in Schule nicht nur für richtig, sondern für prioritär. Nur die Schaffung von guten Arbeitsbedingungen wird auch zukünftig die Attraktivität des Lehramtsstudiums sichern.

Zum ersten Maßnahmenpaket Februar 2023

1.Phase der Lehrkräfteausbildung: Studium

Die für die Phase des Studiums vorgesehenen Bausteine halten wir insgesamt für sinnvoll. Die Gewinnung von Lehramtsstudierenden als Botschafter an Schulen kann einen Beitrag leisten, um eine frühzeitige Orientierung zu ermöglichen und eine bedarfsgerechte Beratung in Bezug auf die Fächerwahl zu ermöglichen. Von der Weiterführung des Freiwilligen Sozialen Jahres in den Schulen profitieren die jungen Menschen durch den erworbenen Einblick wie auch die Schulen durch deren Einsatz. Als dringend erforderlich betrachten wir die Begleitkonzepte für Studierende in Schulen, da ein weitgehend unbetreuter Einsatz

aufgrund zu erwartender Misserfolgsereignisse den Lehrkräftebedarf mittelfristig steigern wird. Die Übernahme von Übernachtungskosten für Studierende unterstützen wir.

2. Phase der Lehrkräftebildung: Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst

Ohne dem Ergebnis der Evaluation der bisherigen finanziellen Anreizsysteme vorgreifen zu wollen, weisen wir daraufhin, dass auch die Versorgung der bisherigen Mangelkreise mit Lehrkräften in Vorbereitung sichergestellt werden muss. Finanzielle Anreizsysteme werden notwendig bleiben, perspektivisch sehen wir die Notwendigkeit einer stärkeren Steuerung durch das Land, um dieses Ziel zu erreichen. Die Anpassung von Bewerbungstermin und -kriterien von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst, um im Hinblick auf ein Nachbarbundesland wettbewerbsfähig zu sein, unterstützen wir. Die prekäre Versorgung insbesondere der Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe mit Lehrkräften im Vorbereitungsdienst nehmen wir mit Sorge wahr. Der nun pilotierte freiwillige „Quereinstieg“ für Absolventen des Lehramtes Gymnasium in den Vorbereitungsdienst des Lehramtes für Gemeinschaftsschulen ist kurzfristig sinnvoll, angesichts des eklatanten Ungleichgewichts der Universitätsabsolventen mit Sek II beziehungsweise SEK I – Lehrbefähigung nicht nachhaltig. Die Erteilung der gymnasialen Lehrbefähigung an der Universität Flensburg mit nur geringem Mehraufwand ist ursächlich für die geringe Zahl der Universitätsabsolventen mit SEK I Lehrbefähigung. Hier kann nur die Rückkehr zu einer fachwissenschaftlich anspruchsvollen und schulartspezifischen Ausbildung Abhilfe schaffen.

3. Phase der Lehrkräftebildung: Lehrkräfte im Schuldienst

Die Einschränkung der Sabbatjahr-Möglichkeiten werden aus unserer Sicht keinen messbaren Beitrag zur Behebung des Lehrkräftemangels leisten. Es gibt für uns keine Hinweise darauf, dass die nach vorheriger Rechtslage mögliche Inanspruchnahme eines Sabbatjahres bereits nach zwei Jahren jemals genutzt wurde. Für eine qualifizierte Beurteilung sind entsprechende Daten unerlässlich.

Die Möglichkeit zur Abordnung von Gymnasiallehrkräften an Grundschulen oder Gemeinschaftsschulen ist nur im Rahmen der Freiwilligkeit vertretbar. Die Weiterentwicklung der Anerkennung und der dafür notwendigen Qualifizierung ausländischer Lehrkräfte begrüßen wir. Den Appell an Lehrkräfte, ihre Teilzeitkontingente **freiwillig** zu erhöhen, halten wir für legitim. Insbesondere die Möglichkeit, einen Teil der Stunden für die Betreuung von Praktikantinnen und Praktikanten und Unterstützungslehrkräften aufzuwenden, ist im Sinne der zusätzlichen Belastungen durch eine Aufstockung sinnvoll. Eine freiwillige Verlängerung der Dienstzeit von Lehrkräften bei Erreichung des Pensionsalters ist angesichts der derzeitigen Lage wünschenswert. Da wir davon ausgehen, dass jede Verlängerung einem Bedarf der Schule entspricht, sollte jede Lehrkraft, die hiervon Gebrauch macht, unabhängig von Fach und Ort eine Zulage erhalten.

Die Prüfaufträge

Selbstverständlich sind die Ergebnisse der Prüfaufträge und entsprechende konkrete Maßnahmen abzuwarten, um qualifiziert urteilen zu können. Da die Prüfaufträge aber schon Hinweise auf Absichten geben, erlauben wir uns einige Anmerkungen. Jegliche Reformen hinsichtlich des Lehramtsstudiums müssen neben der Praxisnähe auch die fachwissenschaftliche Qualität berücksichtigen. Eine weitere Mehrarbeit für Lehrkräfte, die über das Vollzeitdeputat hinausgeht, können wir uns bei den derzeitigen Belastungen im Schuldienst kaum vorstellen. Sollten Lehrkräfte dennoch dieses in Erwägung ziehen, ist eine zusätzliche Vergütung unabdingbar.

Im Hinblick auf die Ankündigung anderer Arbeitszeitmodelle raten wir von einer Einschränkung der Möglichkeit zur Teilzeit in zukünftigen Phasen der Sicherung des Lehrkräftebedarfs dringend ab. Die bisherigen Teilzeitmöglichkeiten werden nicht nur genutzt, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, sondern auch, weil die Kolleginnen und Kollegen ihre Stundenzahl ihrer persönlichen Belastbarkeit anpassen müssen. Eine Einschränkung der Teilzeitmöglichkeiten verringert die Attraktivität des Berufes und sorgt für weiter steigende Krankenstände.

Der Prüfauftrag zur Entlastung der Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben und anderen außerunterrichtlichen Anforderungen sollte zu schnellen Ergebnissen führen. Wir weisen darauf hin, dass viele Tätigkeiten außerhalb des Unterrichts so eng mit der jeweiligen Lerngruppe verknüpft sind, dass sie eng mit dem Amt der Klassenlehrkraft verknüpft sind. Daher sehen wir kaum Spielraum für die Einbindung externer Fachkräfte und halten eine Senkung der Unterrichtsverpflichtung sowie eine weitere Entlastungsstunde für Klassenlehrkräfte gerechtfertigt.

Freundliche Grüße

Dirk Meußner

Landesvorsitzender